Gehaltsraub

50

Für die sächsischen Metall-Angestellten

Dresden, den 8. Januar.

Die sächsische Schlichterkammer fällte am 8. Januar einen Spruch, der den Angestellten der sächsischen Metallindustrie [illegible] einen Gehaltsraub diktiert. So soll eine Gehaltssenkung bei Jugendlichen um 3 Proz., Monatsgehalt bis 125 Mark um 4 Proz., 126 bis 200 Mark um 5 Proz., 201 bis 250 Mark um 5,5 Proz., 251 bis 300 Mark um 6 Proz., über 300 Mark um 6,5 Proz. vorgenommen werden. Die Gehaltssätze sollen erstmalig zum 31. Juli 1931 kündbar sein.

*

Dem Lohnraub der Metallarbeiter folgt der Gehaltsraub bei den Angestellten. Die Angestellten, die zu einem großen Prozentsatz den faschistischen Volksbetrügern nachlaufen, die die faschistischen Werksportvereine bilden, sehen nun, daß die Unternehmer auch bei ihnen keinen Halt machen, sondern daß auch sie für die Unternehmer, die sogenannten „Volksgenossen" Hitlers, nur Ausbeutungsobjekte sind. Der ZdA und der faschistische, Deutschnationale Handlungsgehilfenverband werden diesen Gehaltsraub hinnehmen. Die Gehalts- und Lohnraboffensive der Unternehmer, die dem Programm der faschistischen Brüning-Regierung entspricht, muß die Angestellten und Arbeiter zu einer mächtigen Kampffront zusammenschweißen. Arbeiter und Angestellte der sächsischen Metallindustrie in einer Front sind ein nicht zu überwindendes Bollwerk gegen die Unternehmeroffensive. So wie die Kämpfe der Arbeiter nur erfolgreich geführt werden können, wenn sie unter der Führung der RGO und der selbstgewählten Streikleitungen stehen, ist es auch bei den Angestellten. Sie müssen sich daran ebenfalls in den Betriebsgruppen der RGO organisieren, an den Versammlungen der Arbeiter teilnehmen und mit diesen gemeinsam die Waffe des Streiks ergreifen gegen jeden Pfennig Gehalts- und Lohnraub.

Ein neuer Ueberfall auf Flugblattverteiler

Dresden, den 8. Januar.

Bei der gestern morgen vor den Metallbetrieben Dresdens von der RGO vorgenommenen Flugblattverteilung erschienen plötzlich bei Anton Reiche zwei Ueberfallkommandos und nahmen eine Reihe von Flugblattverteilern fest. Sogar völlig unbeteiligte Arbeiter wurden in brutalster Weise visitiert.

Der Hungerkanzler ausgepfiffen

Massenempörung gegen die imperialistische Ostreise

Der Geschäftsführer der Ausbeuter und Trustmagnaten, Herr Brüning, muß auf seiner Rundreise durch Ostpreußen, die den Zweck hat, die Großagrarier für die restlose Unterstützung der Hungerdiktatur Brünings zu gewinnen und zugleich eine imperialistische Inspektionsreise ist, gewahr werden, daß seine Politik nicht spurlos an den arbeitenden Massen vorübergeht.

In Schneidemühl haben die hungernden Massen ihm einen Empfang bereitet, indem sie gegen ihn demonstrierten den er sich nicht hat träumen lassen. Er bekam einen Vorgeschmack von dem, was die ausgepowerten Proletariermassen für ihn in Tilsit bereithalten.

Als Brüning nach dem Empfang der lokalen Repräsentanten der ostpreußischen Machthaber den Bahnhof verließ, wurde er von der ungeheuren Menschenmenge, die sich auf dem Platz vor dem Bahnhof angesammelt hatte, mit den stürmischen Protestrufen empfangen: „Nieder mit Brüning! Nieder mit der Hungerdiktatur! Nieder mit dem Faschismus!" Dauernd dröhnten diese Rufe über den Bahnhofsplatz. Die Menge machte Anstalten, das Auto, das Brüning besteigen wollte, zu stürmen und mit Steinen zu bewerfen. Erst unter dem Schutze von mehreren Polizeioffizieren konnte er abfahren.

Die Demonstration nahm indessen ihren Fortgang. Gewaltige Massen strömten nach dem Rathaus, wo sich die stürmischen Szenen wiederholten. Erst nachdem es gelungen war, aus der näheren und weiteren Umgebung polizeiliche Verstärkung heranzuholen, gelang es der Polizei, die Massen, die sich immer von neuem zu mächtigen Zügen formierten, in die Außenbezirke abzudrängen. Herr Brüning wird an diesen Empfang noch recht lange denken.

Die SPD-Presse lügt dazu, daß „Kommunisten und Nationalsozialisten im Verein" demonstrierten. Das ist eine infame Lüge. Der Zweck dieses Schwindels geht aber aus dem Satz der „Chemnitzer Volksstimme" hervor, in dem es heißt:

„Ueber die Schändlichkeit dieser Vorgänge ist kein Wort zu verlieren."

Die SPD verteidigt den Hungerkanzler gegen den Volkszorn und bedient sich zu diesem Zweck der niederträchtigsten Lügen gegen die KPD. Man kann diese Methode nur niedriger hängen. Die Arbeiter aber werden erkennen, daß es Zeit ist, mit diesen Trabanten der faschistischen Diktaturregierung Schluß zu machen.

Unerhörte Dorpmüller-Provokationen

Kündigung der Schwerkriegsbeschädigten und Betriebsräte / Ueberfüllte Versammlungen / Eisenbahner, rüstet zum Kampf für eure Forderungen! Wählt Kampfleitungen!

Die passive Haltung der Eisenbahnerbürokratie gegenüber den Maßnahmen Dorpmüllers veranlaßt diesen, mit immer größerer Brutalität vorzustoßen. Nach der Kündigung aller 150 000 Werkstätten- und Bahnunterhaltungsarbeiter kündigte die Reichsbahnhauptverwaltung auch den örtlichen Betriebsräten — trotz den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes — das Arbeitsverhältnis auf. Auch dies nahm die Eisenbahnerverbandsbürokratie stillschweigend hin. Am 6. Januar hat nun die Reichsbahnhauptverwaltung einen weiteren Erlaß herausgegeben, der die Dienststellen anweist,

auch den Schwerkriegsbeschädigten zu kündigen,

ferner wurde am 7. Januar allen aus dem Werkstättendienst und Bahnunterhaltungsdienst hervorgegangenen Bezirks-, Hauptbetriebs- und Beamtenratsmitgliedern die Kündigung zugestellt. Dorpmüller pfeift auf die Gesetze der faschistischen Brüning-Republik. Er macht, was er will, und er weiß, daß das von den Reformisten angerufene kapitalistische Arbeitsgericht seine Maßnahmen billigen wird.

Während die reformistischen Vertrauensleute in den Betrieben, der Anweisung ihrer Bürokratie entsprechend, alles unternehmen, um „Ruhe und Ordnung" in den Betrieben zu halten, während sie den Eisenbahnern Versprechungen auf Versprechungen machen und ihnen erklären, daß die Kündigungen nur einen Bluff darstellen, hat die RGO der Eisenbahner in allen Reichsbahnbetrieben eine breite Aufklärungs- und Mobilisierungskampagne unter den Belegschaften eingeleitet. Trotz aller Hetze und allem Abraten der Reformisten, die Versammlungen der RGO nicht zu besuchen, sind diese überfüllt.

In Leipzig, Chemnitz, Dresden und anderen Städten Sachsens [illegible] in die Versammlungen der RGO.

[illegible] beteiligten sich an der Diskussion und erklären ihr Einverständnis mit den von der RGO aufgestellten Forderungen. Die Eisenbahner [illegible], daß, je länger sie passiv bleiben, um so brutaler wird Dorpmüller seinen Angriff durchführen, daß es nicht bei der Einführung [illegible] im Monat bleibt, sondern daß dieser [illegible]

[illegible] Dorpmüller das Vorgefecht für die Lohnbewegung im April

bildet. Siegt Dorpmüller jetzt, dann wird er den Eisenbahnern einen 15- bis 20prozentigen Lohnraub diktieren und die Entlassung der von ihm als „überzählig" bezeichneten 25 000 Eisenbahner durchführen.

Die Eisenbahner dürfen nicht warten, bis Dorpmüller am 17. Januar die Aussperrung durchführt,

sondern sie müssen in einheitlicher Front mit den Bergarbeitern an der Ruhr und in Oberschlesien, den Metallarbeitern Sachsens und den Hafenarbeitern Düsseldorfs, unter Führung der RGO und ihrer selbstgewählten Kampfleitungen, den Kampf aufnehmen

für die Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich,
für die Zurücknahme aller ausgesprochenen Kündigungen,
für die Beseitigung der Dienstdauervorschriften,
für den Sturz Dorpmüllers und der faschistischen Brüning-Regierung!

Die Kohlenbarone fordern Reichswehr in das Ruhrgebiet

Kumpels sollen wie 1920 niederkartätscht werden, um den Profit der Trustgewaltigen zu sichern / Organisiert Protest in allen Betrieben! / Sammelt für die Solidaritätsaktion!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Blatt der Kohlenbarone und Industriekönige, bringt in ihrer Mittwoch-Ausgabe einen Artikel, der das gesamte Proletariat alarmieren muß. In dem Artikel, der, wie aus einer Redaktionsnotiz zu ersehen ist, direkt in einem der Büros der Kohlenkapitalisten geschrieben wurde, wird unter dem Hinweis, daß die Polizei gegen die streikenden Bergarbeiter nicht ausreicht, der Einsatz von Reichswehr gefordert.

Die Kohlenbarone begründen dieses Verlangen damit, daß die innerpolitische Situation sich „unter Umständen außerordentlich schnell und kritisch zuspitzen kann."

Die Kommunistische Partei verfolge seit einiger Zeit „mittels einer außerordentlich geschickten Propaganda bewußt die Absicht, Wirtschaftskämpfe auszulösen, die nicht mehr den früheren Charakter wirtschaftlicher Auseinandersetzungen haben, die vielmehr auf das Wesen des politischen Kampfes abgestellt sind". Diese Kämpfe seien „nicht unter dem Gesichtswinkel bezirklicher oder lokaler Teilaktionen zu betrachten, sondern als die Ausdrucksform eines einheitlichen zentralisierten Angriffes auf die bürgerliche Gesellschaftsordnung".

Das Ruhrgebiet sei ein Bezirk, der „am schwersten schützbar" sei. Die Bevölkerungszusammensetzung (die Mehrzahl der Bevölkerung sind Industriearbeiter! — die Red.), die Unübersichtlichkeit des Geländes, die Vielheit der zu schützenden Punkte (das Privateigentum der Kapitalisten! — die Red.), die Kompliziertheit der Behördenorganisation gestalte die Verteidigung des Ruhrgebiets so schwierig. Man sieht, die Kapitalisten denken an Bürgerkrieg. Die Brüning-Regierung erhält von den Kapitalisten deshalb den Auftrag — da das Ruhrgebiet zu der durch den Versailler Vertrag entmilitarisierten Zone gehört —, mit dem französischen, belgischen und englischen „Erbfeind" zu verhandeln mit dem Ziel: „Vizekommandostellen für die Reichswehr, zum Einmarsch in die neutrale Zone zu erhalten".

Daß es sich hierbei nicht um die Meinung eines einzelnen Kapitalisten handelt, geht aus der Tatsache hervor, daß die gesamte bürgerliche Presse die „Feststellung" macht, daß die Polizei zur Unterdrückung des Streiks im Ruhrgebiet nicht ausgereicht habe. Die Kohlenkapitalisten, die den Lohnraub durchdrücken wollen, fürchten trotz der Streikbrecherdienste der Husemann, Imbusch und Hitler und trotz des Polizeiterrors der Severing-Polizei den Streik der Bergarbeiter. Sie versuchen jetzt, die Lohnraubverhandlungen hinauszuzögern, um Zeit zu gewinnen, um die militärischen Rüstungen, die Heranziehung von Reichswehr zur Niederschlagung der Arbeiter besser durchführen zu können.

Arbeiter, rüstet an allen Orten gegen diese Pläne der Bourgeoisie, rüstet zur Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter durch Aufnahme des Kampfes gegen den Lohnraub, der auch an euch verübt werden soll.

Fordert überall in Protestkundgebungen die sofortige Zurückziehung der Polizei aus dem Ruhrgebiet.

Protestiert gegen die Bürgerkriegspläne der Bourgeoisie, die kämpfenden Bergarbeiter mit Reichswehr niederkartätschen zu wollen!

Die Ruhrfront steht fest!

Bergfaschistische Terrorversuche zur Erschütterung der Streikfront — Wieder zwei Arbeiter von Polizei schwer verletzt. Wachsende Empörung gegen die Bonzen

Essen, 8. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der heldenhafte Kampf der Kumpels gegen Lohnraub und Brüning-Diktatur wird mit größter Erbitterung, gegen christlichen, sozialdemokratischen und faschistischen Streikbruch und den brutalen Polizeiterror auf vielen Schächten fortgeführt. Die Zeche Neumühl in Hamborn beschloß gestern abend in einer Belegschaftsversammlung, geschlossen weiter zu streiken. Auf der Zeche Lohberg in Dinslaken dehnte sich im Laufe des gestrigen Tages die Streikfront noch aus. Durch brutale Polizeiattacken auf die Streikenden von Lohberg wurden zwei Arbeiter schwer verletzt. Einer von ihnen schwebt in Lebensgefahr. Auf der Zeche Westfalen in Ahlen und de Wendel in Herringen, sowie auf der Zeche Scholven in Buer und Westerholt und Beeckerwerth in Duisburg stehen die Bergarbeiter fest in der Streikfront.

Verhandlungen ergebnislos!

Außerordentliche Verschärfung der Lage

Essen, den 8. Januar.

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau sind ergebnislos verlaufen. Die Zechenherren waren unter dem Druck des Streiks von ihrer Forderung auf 12 Prozent [illegible] auf 8 Prozent zurückgegangen, [illegible] 6 Prozent vorschlagen. Jetzt [illegible] Lohnraub von 6 Prozent aus. Die [illegible] verschärft. Aus der Haltung der [illegible] Schlichter ist zu entnehmen, daß [illegible] gegen die Arbeiter [illegible].

Holzarbeiteraussperrung ab 16. Januar in Sachsen?

Der Unternehmerverband für das sächsische Holzgewerbe hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach ein Lohnabbau von 15 Prozent gefordert wird. Für den [illegible] 16. Januar sollen die Stundenlöhne und [illegible] um 8 Prozent und ab 16. Januar um weitere 7 Prozent gekürzt werden. In den Betrieben, wo sich die Arbeiter weigern, [illegible] diktierten Lohnraub hinzunehmen, sollen die Belegschaften zum 16. Januar gekündigt werden.

Die Holzindustriellen warten also gar nicht erst den Ablauf des Lohntarifs am 14. Februar ab. [illegible] Nur der Kampf der Holzarbeiter [illegible] Kämpfen der übrigen Arbeiter wird in der Lage sein, den Angriff der Holzindustriellen zurückzuschlagen.

So schwindelt die Dresdner Volkszeitung

Um die streikenden Ruhrbergarbeiter zu verleumden

Dresdner Volkszeitung vom Montag und vom Mittwoch.

Dortmund, 5. Jan. (Eig. Drahtb.) In Dortmund-Marten [illegible] kommunistische [illegible] am Sonnabend einen planmäßigen Ueberfall [illegible]

Dortmund, 6. Januar. (Eig. Drahtb.) Im Zusammenhang mit dem am Sonnabend in Dortmund-Mengede erfolgten Ueberfall, in dessen Verlauf ein Bergarbeiter getötet und drei schwer verletzt wurden, waren von der Polizei mehrere Schlag- und Stichwaffen beschlagnahmt worden. Die Waffen wurden, wie die nachträglich [illegible]

[illegible]

[illegible] front" der SPD-Führer im Kampf gegen Faschismus aus! Die Arbeiter müssen das Lügenorgan aus der Wohnung werfen und ihr Kampforgan, die Arbeiterstimme lesen.

Denunzianten!

Bei der Erregung sozialdemokratischer Arbeiter über die Lohnpolitik der Bürokratie einen Ausweg suchend, bringt das SPD-Blättchen Dresdens heute eine ganze Seite über die „grobe Pleite der RGO bei Seidel & Naumann". Die „Pleite" wird den Schreibern bei den Betriebsrätewahlen vergehen. Heute nur eine kurze Antwort gegen die Verleumdung des Genossen und roten Betriebsrats Kunze, „der den Streik propagiert, um selbst weiter zu arbeiten".

Die sozialdemokratischen Funktionäre, die doch ihre Genossen in den Wirtschaftskämpfen der letzten Monate auf der Straße liegen lassen, [illegible] genug gegen diese Verleumdung. Die Hetze der SPD-Presse gegen die RGO bei der gegenwärtigen Metallarbeiterbewegung entspringt ja nur der Taktik, [illegible] Funktionäre den Streik zu [illegible] die revolutionäre Pflicht aller RGO-Anhänger, die Belegschaften zum Kampf zu führen und sich dabei ohne Rücksicht auf das persönliche Wohl an die Spitze zu stellen. Solange aber die Arbeiter in ihrer Mehrheit noch nicht streikbereit sind, würde es nur den Unternehmern und ihren Agenten nützen, wenn einzelne Funktionäre der RGO eine isolierte Aktion unternähmen. Die Folge wäre die völlige Betriebssäuberung von allen revolutionären [illegible]. Das eben verfolgt ja der Artikel der Volkszeitung. Er ist von A bis Z eine einzige Denunziation des Genossen Kunze, um der Verwaltung das Material zu liefern, ihn aus dem Betrieb herauszuwerfen.

SPD-Arbeiter, die ihr Mitglieder der [illegible] seid, erinnert ihr euch noch einer Worte: Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!